

Wirtschaftliche Zeitung



Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Gegründet 1704

Schreibleitung und Verlag: Berlin SW 68, KochstraÙe 22-26. Fernsprecher: Ortsverkehr: Dinslaff 17 3600-3665, Fernverkehr: Dinslaff 3636-3692. Telegramme: Ulsteinhaus, Berlin. Postcheck-Konto: Berlin 660.

Berlin

Beragspreis monatl. 3,90 M (einschl. 70 Pf. Zustell- oder 1,24 M Postgebühren), bei Postbestellung außerdem 70 Pf. Bestellgeld. Anzeigen: num-Zeile 32 Pf., Familien-Anz. num-Zeile 20 Pf. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer.

10 Pf. [Anwärter] Nr 309

FREITAG, 30. JUNI 1933

MORGEN-AUSGABE

Die neuen Minister ernannt

Ernährungsminister Darré, Wirtschaftsminister Schmitt, Staatssekretär Feder — Wieder Personalunion mit Preußen

Amlich wird mitgeteilt:

Reichspräsident von Hindenburg hat auf Vorschlag des Reichsanstalters dem Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Reichswirtschaftsminister Dr. Hugenberg die erbetene Entlassung aus seinen Ämtern erteilt und den Generaldirektor der Allg.-Verkehrs-AG Dr. Kurt Schmitt zum Reichswirtschaftsminister sowie das Mitglied des Reichstages Dr. Walter Darré zum Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft ernannt.

Der Reichspräsident hat ferner den Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium Dr. Wang einstweilig in den Aufgaben versetzt und zum Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium das Mitglied des Reichstages Diplomingenieur Gottfried Feder ernannt.

Dazu verläutet noch von amtlicher preußischer Seite, daß Reichsernährungsminister Dr. Walter Darré aus dem preußischen Minister für Landwirtschaft, Gärten und Forsten und Reichswirtschaftsminister Dr. Kurt Schmitt aus dem preußischen Minister für Wirtschaft und Arbeit ernannt werden wird.

Es verläutet noch weiter dazu, daß der Staatssekretär im Reichsernährungsministerium von Rohz-Demmin vorläufig im Amte bleiben wird.

Vorbereitet waren die Nennungen bereits am Donnerstag. Der Reichsanstalt ist dann nach Neudorf gefahren und hat dort mit dem Reichspräsidenten eine Aussprache gehabt, in der auch die Frage der religiösen Parteien berührt worden sein dürfte. Dr. Darré, der neue Reichsernährungsminister, galt schon seit Monaten als der kommende Mann. Seine Pläne für einen neuen Verein bekam er mit die kürzlich Gedlung vorführen und eine umfangreiche Entschuldig des kürzlich des Reiches entgegennehmen. Dagegen gilt er als ein Gegner der Entschuldig

lebensunfähigen Großgrundbesitzes, den er zur Siedlung freigegeben wissen möchte.

Der Staatssekretär im Reichsernährungsministerium von Rohz-Demmin ist im Amte geblieben. Von Rohz ist bekanntlich in den letzten Monaten in einen scharfen Gegensatz zu den nationalsozialistischen Bauernführern geraten, insbesondere zu seinem jetzigen Minister und dem Präsidenten des Reichslandbundes Hindenburg. Das Guts-Büro gibt daher der Vermutung Ausdruck, daß die Zusammenarbeit zwischen Darré und von Rohz auf die Dauer nicht möglich sein wird.

Die Ernennung Dr. Schmitts zum Reichswirtschaftsminister wird in weiten Kreisen begrüßt. Schmitt hat sich als einer der ersten Wirtschaftsführer dem Nationalsozialismus zugewandt. Sein wirtschaftspolitisches Programm ist durch die Güte des letzten Allg.-Verkehrs geteigert. „Dienst am Volk und Erwerb des wirtschaftlichen Verantwortungsbegriffes und konsequenter Unternehmensgeist“ sind ihm nicht aus, sondern müssen sich vereinigen.“ Schmitt erhält zum Staatssekretär den nationalsozialistischen Programmleiter Dr. Feder, der in der letzten Zeit schon an der Auflösung der Arbeitsbeschaffungsprobleme mitgeteilt hat. Schmitt ist durch seine Verbindung mit dem bisherigen Reichswirtschaftsminister Dr. Hugenberg veranlaßt Reichswirtschaftsminister mit den jüdischen preußischen Ministern wird befehlen, um jeden Dualismus auszugleichen.

Sittler in Neudorf

Reichsanstalt Dr. Sittler traf 1 1/2 Stunden nach seiner Ankunft auf dem Marienburger Flugplatz gegen 17.30 Uhr im Kraftwagen auf dem Stammgut des Reichspräsidenten in Neudorf ein.

Der Reichsanstalt wurde von dem Reichspräsidenten vor dem Portal des Hauses Neudorf herzlich begrüßt. Anschließend folgte eine etwa zwelfstündige Besprechung über die gesamte politische Lage. Der Reichsanstalt bleibt als Gast des Reichspräsidenten bis Freitag in Neudorf. (Siehe auch 3. Seite)

Wehrkreisparfarrer Müller führt

An der Spitze des Kirchenbundes

Wehrkreisparfarrer Müller hat eine Verfügung erlassen, daß es als Bevollmächtigter des Reichsanstalters im Einvernehmen mit dem Staatsminister für die evangelischen Kirchen Preußens die Leitung des Evangelischen Kirchenbundes übernehme. Nach dieser Verfügung übernimmt Wehrkreisparfarrer Müller ferner den Vorsitz im Kirchen-Bundesrat, die Befugnisse des Kirchenrates und des Kirchenausschusses und seiner Unterausschüsse.

Auf Grund dieser Verfügung wurde der Bundesdirektor des Kirchenbundes Dr. Giese am 21. Juni mit sofortiger Wirkung beurlaubt. Mit der Übernahme der Geschäfte des Kirchenbundes wurde Dr. Müller beauftragt.

Wehrkreisparfarrer Müller hat ferner folgende Verfügung erlassen: „Nachdem ich durch Verfügung vom 28. Juni 1933 die Befugnisse des Kirchenbundes übernehme habe, ziehe ich den Auftrag, den die Herren Giese, Marchens und Giese zum Kirchenausschuss erhalten haben, zurück.“

Der Bevollmächtigte des Reichsanstalters, Wehrkreisparfarrer Müller, hat sämtliche Befugnisse des Kirchenbundes und des Kirchenausschusses übernommen. Mit diesem Akt ist das geschäftlich bestehende Schema innerhalb der Deutschen Protestanten-Gemeinschaft verändert worden. Auf der einen Seite stand die Vertretung des Deutschen Evangelischen Kirchenbundes. Der Deutsche Evangelische Kirchenbund hatte drei Bundesorgane, den Kirchenrat, den Kirchenbundesrat und den Kirchenausschuss. Infolge der Einsetzung des Staatsministers Jäger durch Minister auf zum Führer der Evangelischen Kirche der Altpreußischen Union entfiel zwischen den autonom tätig bestehenden alten Kirchenorganen und dem Staat ein Widerspruch, der nun durch eine konstitutionelle Verwaltung des ganzen evangelischen Kirchenbundes gelöst werden soll. Auf der Seite des Preu-

ßischen Staatskommissars standen gegen die Vertretung der alten Kirchenordnung die Deutschen Christen. Dagegen, daß der Führer der Deutschen Christen nun die Befugnisse der obersten Organe des Kirchenbundes übernahm, ist zwischen dem Staat und der Kirche Übereinstimmung erzielt worden. (Siehe auch dritte Seite)

Das Zentrum berät

Der engere Parteivorstand des Zentrums hat gestern mit fünfundzwanzig Parteimitgliedern aus dem Reich in Berlin zusammen, um über die Frage einer Auflösung der Partei zu beraten. Voraussetzungen sind diese internen Beratungen in den letzten Tagen ununterbrochliche Besprechungen zwischen einer Reihe von Zentrumsführern und maßgebenden Persönlichkeiten der Reichsregierung und der NSDAP. Beschlüsse sind noch nicht gefaßt worden, man erwartet aber, daß die endgültige Entscheidung heute fallen wird.

Angehörige der zahlreichen Aussenstellen des Zentrumsparlamentarier und Fraktionen aus der Partei und im Bewußtsein der politischen Gesamtlage, wie sie durch die Auflösung der Deutschen nationalen Front geschaffen wurde, erhebt in Zentrumskreisen die Frage der Partei umkehrung. Als einzige Möglichkeit bleibt wohl nur die Selbstauflösung und die Vertretung der katholischen Interessen, losgelöst von ihrem bisherigen politischen Charakter, durch andere katholische Organisationen.

Um übrigen glaubt man in Zentrumskreisen offenbar auf Grund der Zustimmungnahme mit maßgebenden Stellen der NSDAP zu einer ähnlichen Vereinbarung gelangen zu können, wie sie die Deutschen nationale Front erzielte hat. Ein Empfang des früheren Reichsanstalters Brüning bei Sittler, von dem schon viel von der Rede war, ist nicht erfolgt. Man hört aber, daß von Seiten des Zentrums um einen solchen Empfang nachgeholt wurde.

Ermächtigungs-Gesetz

Das Reichsgesetz hat das Reichshaushaltsgesetz für 1933 verabschiedet. Der neue Etat ist jedoch im Reichsgesetzblatt verordnet worden. Er ist damit in Kraft. Keine Unterzeichnung des Reichspräsidenten, keine Parlamentsverhandlung ist notwendig. Der Beschluß des Kabinetts steht auf Grund des Ermächtigungsgesetzes in Kraft, was selber wochenlang, monatlang manchmal das Parlament und die Öffentlichkeit befähigt.

Netto statt brutto

Auf den ersten Blick weist der neue Etat einen auffälligen Anstieg der Gehälter im letzten Budgetjahr auf. Der Bruttogehalt des Jahres 1933 hätte die 10-Milliarden-Grenze bereits unterstrichen. Auf dem Wege mehr als 8 Milliarden Beschäftigt der Etat 1933 (tatsächlich wurden nur 7,9 Milliarden ausgegeben); der Bruttogehalt für das Jahr 1933 schließt in Einnahme und Ausgabe mit rund 5,9 Milliarden ab. Er liegt also um 2 Milliarden niedriger als die Rechnung des Vorjahres. Der Unterschied ist freilich zum Teil formal. Man ist zu einer neuen Methode übergegangen. Graf Schwerin von Krosigk hat statt eines Brutto-Behältnisses einen Netto-Behältnis aufgestellt. An dem Bruttobehältnis waren die durchlaufenden Posten mitzuzählen. Es waren in erster Linie die Steueranteile der Länder, die bisher in dem Haushalt des Reiches auf der Einnahmeseite im Gesamtaufkommen der einzelnen Reichsteuern und auf der Ausgabeanteile als Steuerüberweisungen an die Länder erschienen. Das Netto-Behältnis besteht darin, daß die Anteile der Länder an den Reichsteuern auf beiden Seiten des Haushaltsabzugs nicht als Einnahmen und Ausgaben des Reiches aufgeführt werden. Die Reichsteuern des Bruttobehältnisses käufte den Aufwendenden Mittel vor, die dem Reich in Wirklichkeit nicht zur Verfügung standen. Das Nettoverhältnis ist wirtschaftlicher. Es stellt die tatsächlichen Verhältnisse auch in dem Zahlenwert bereits klar.

Gin Etat der Not

Die Ueberveranschlagung sind für 1933 mit 1,6 Milliarden veranschlagt. Der Unterschied des neuen Etats gegenüber den Ausgaben des Vorjahres beträgt 2 Milliarden. Die Differenz ist durch die veränderte Budgetmethode also nicht allein bedingt. Um weitere 400 Millionen über den Betrag der Steuerüberweisungen an die Länder hinaus liegt der neue Etat niedriger als der des Jahres 1932. In dieser Höhe sind weitere Kürzungen, Ausgaben-Änderungen, vorgenommen worden. Da der Etat selbst noch nicht vorliegt — weshalb diese erste Analyse auch nur summarisch sein kann —, läßt sich noch nicht überlegen, wo die Kürzungen durchgeführt sind. Aber schon die Zahl allein zeigt Reichspost ab. Denn schon der Etat des Vorjahres hätte fast ein Minimum dar, das das Budget, was als übrig bleibt, machte, um die Haushaltsausgaben des Reiches weiter zu erfüllen. Davon sind noch einmal 400 Millionen abgezogen. Auf diesem Etat ist der Stempel aufgedrückt, der seinen letzten Vorgänger kennzeichnete: er ist ein Etat der Not.

Das Unterbleibende ist, daß in den nächsten dieses Etats die Hoffnung auf ein Ende der Not zum Ausdruck kommt. In einer amtlichen Erklärung heißt es:

„Das auf der Einnahmeseite erscheinende Aufkommen an Steuern ist unter Zugrundelegung des tatsächlichen Aufkommens in den letzten Monaten und unter Berücksichtigung einer gewissen Steigerung der Wirtschaft gestiegen.“

In Zahlen ausgedrückt: Der noch übrig der Länderanteile dem Reich verbleibende Anteil an Steuern und Zöllen betrug im Rechnungsjahre 1932 4,9 Milliarden nach dem tatsächlichen Aufkommen. Im Rechnungsjahre 1933 ist der Reichsanteil an Steuern und Zöllen auf 5,1 Milliarden veranschlagt. In der Differenz von 200 Millionen ist gegenwärtig die Erwartung der konjunkturellen Steigerung ausgedrückt.

Konjunkturpolitisches Spiegelbild

Das Steuerbilanz zeigt im einzelnen, wie die erwartete konjunkturelle Wirtschaftsentwicklung stattdessen die Einnahmenseite für 1933 angiebt: 1200 Millionen; im vorigen Jahr sind aufgenommen 1382 Millionen. Die Steuerzahler sind veranschlagt mit 100 Millionen; es erbrachte im Vorjahr 105 Millionen. Die Vermögenssteuer soll 1933 310 Millionen erbringen, sie kam 1932 auf 330 Millionen. Man sieht, die neuen Äntnisse sind vorzüglich. Die Festhalten der tatsächlichen Rechnung, daß die Einnahmen- und Ausgaben einer konjunkturellen Entwicklung nur sehr langsam folgen, nicht zuletzt deswegen, weil die veranschlag-

Amerika soll stabilisieren

Die Goldwährungsländer drohen mit Vertagung

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

LONDON, 29. JUNI

Steuern auf den Ergebnissen des Vorjahres beruhen. Anders ist das Bild bei der Umsatzsteuer. Sie ist mit 1500 Millionen veranschlagt, und übersteigt im Vorjahre 1354 Millionen, ein erhebliches Mehrkommen wird also erwartet. Noch härter ist der Unterschied bei der Kraftfahrzeugsteuer. Sie ist mit 228 Millionen veranschlagt gegenüber einem tatsächlichen Aufkommen von 172 Millionen im Vorjahre. Hier erwartet man offenbar Eingänge aus der Überholung der Steuer durch einmalige Zahlung. Die Verbrauchssteuer soll in dem neuen Etatsjahr 190 Millionen erbringen, sie hat im vorigen Jahre 179 Millionen erreicht. Die Zölle sind für 1933 mit 1140 Millionen veranschlagt gegenüber einem Aufkommen von 1106 Millionen im Rechnungsjahre 1932, die Schenksteuer mit 770 Millionen gegenüber 781 Millionen 1932, die Biersteuer mit 280 Millionen gegenüber einem JA-Aufkommen von 266 Millionen 1932. Die Poststeuer erdient mit 150 Millionen zum ersten Male in dem Vorausschlag des Jahres 1933. Die künftige Wirtschaftspolitik und ihre Erwartungen sind mit diesen Zahlen umschrieben. Die Arbeitsbeschaffung und die natürliche Verbesserung der Konjunktur soll eine Besserung der Löhne und der Umsätze der Reichsbahn mit sich bringen. Die harte Steigerung des Ertrages der Kraftfahrzeugsteuer soll u. a. die Folge des großen Preisanstiegs zur Motorisierung Deutschlands sein. Die Höhe fällen die Besserung der Posthöflichkeit in Rechnung. Ihre Zahlen betreffen erneut, daß die Handelspolitik auch in Zukunft nicht außenhandelsfeindlich sein soll. Das Ganze ist der Ausdruck der zuverlässigen Erwartung, daß die natürlichen Kräfte der Wirtschaft und der konzentrierte Einsatz der höchsten Mittel für das Ziel der Arbeitsbeschaffung die Handlung, die stillstanden, wieder in Gang setzen werden.

Ein Appell

Die Verfassung des Arbeitsmarktes, so wurde kürzlich an dieser Stelle festgestellt, ermunert zur Zuversicht. Es drückt sich in dem neuen Hauptbuch des Reiches auch darin aus, daß für die Abdeckung von 303 Milliarden aus früheren Rechnungsjahren nur rund 100 Millionen vorgesehen sind, daß also auf dem Posten des Gesamtbeitrags von 420 Millionen nach dem Schuldenungs-Gesetz in den vergangenen Jahren immer darüber, zu Dreivierteln zurückgeführt wurde. Er drückt sich auch darin aus, daß wieder 100 Millionen aus dem Rest von Borgzusätzen der Reichsbahn unter den Einnahmen eingestellt wurden; im letzten Jahre konnten nur für 93 Millionen verankert werden. Die Voraussetzung für die Erfüllung dieser Hoffnungen ist immer dieselbe, die Beziehung von Wirtschaft und Finanzen, wie es in der amtlichen Mitteilung über die Verabreichung des neuen Reichsetats heißt, die in der Umwertung des Geldes zur Verminderung der Arbeitslosigkeit vom 1. Juni 1933 erwartet werden kann, muß eintreten. Die amtliche Verlautbarung fügt hinzu: Und die Steuerpflichtigen müssen ihre laufenden Steuerpflichtigkeiten pünktlich erfüllen und etwa vorhandene Rückstände sobald wie möglich abtragen.



In größere Posten aufgenommen werden die Ausgaben des Reichsetats 1933 wie folgt:

Verordnung der Reichspost u. ihrer Hinterbliebenen	1040 Mill. RM
Post- u. Militärposten	470 "
Postzinsen	425 "
Verordnungen (einschl. der Reichsbahn)	700 "
Arbeitslosenhilfe und Arbeitsbeschaffung	820 "
Sozialversicherung	620 "
Wohlfahrtspflege einschl. 150 Mill. RM für	
Festberühmung	200 "
Wohnungswesen	100 "
Verkauf von Borgzusätzen der Dresdener Bank	100 "
Schuld- u. Fiskusverwaltung	620 "
Abdeckung der Festberühmung letzter Jahre	100 "
Besondere Maßnahmen auf dem Gebiet der	
Ermahnungswirtschaft	140 "
Schuldpflicht der Länder	190 "

Der Rest von nicht ganz einer Milliarde verteilt sich auf die gesamten übrigen Bedürfnisse des Reichs.

Stundardt Staatssekretär im Kultusministerium

Jäger wird Ministerialdirektor

Der preussische Ministerpräsident hat auf Vorschlag des preussischen Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, auf folgende Personalveränderungen vorgenommen: Der Ministerialdirektor Dr. Stundardt wird auf Grund des § 8 der Verordnung vom 26. 2. 1919 unter Würdigung des geistlichen Charakteres sofort einmündig in den Ruhestand versetzt. Der Ministerialdirektor Dr. Stundardt wird zum Staatssekretär ernannt. Landesgerichtsrat Jäger wird zum Ministerialdirektor ernannt.

Ein neuer Regierungspräsident

Der Landrat Matthaei in Weßlinghausen ist vorbehaltlich der Zustimmung des Provinziallandtages der Provinz Westfalen zum Regierungspräsidenten in Münster ernannt worden. Der Regierungspräsident Dr. Voemelker in Bielefeld wurde zum Regierungsvizepräsidenten bei der Regierung in Bielefeld ernannt.

Für Wehrpolitik und Wehrwissenschaft

Die letzten einigen Jahre bestehende wehrwissenschaftliche Arbeitsgemeinschaft hat sich eine deutsche Wehrwissenschaftliche Gesellschaft (Wehrwissenschaftliche Gesellschaft) angeschlossen. Die neue Vereinigung bezweckt die Förderung aller wissenschaftlichen wehrpolitischen Vorträgen und der wehrwissenschaftlichen Arbeit an den Hochschulen.

In die Weltwirtschaftskommision, die seit Tagen sich in abendlichen Unterhaltungen über Detailsfragen dahinschlief, ist plötzlich wieder Leben gekommen. Die Währungsfrage, die aus Beginn der Verhandlungen im Mittelpunkt gestanden hatte und dann infolge der amerikanischen Abgabe zurückgedrängt wurde, hat plötzlich wieder ihre überragende Bedeutung zurückgewonnen.

Schon gestern mußte man, daß vertrauliche Besprechungen zwischen Vertretern der Goldwährungsländer und England stattgefunden haben. Heute ist das Thema der Währungsabklärung wieder in der weitestgehenden Offenheit zwischen Vertretern der Notenbanken untereinander, zwischen den Finanzministern der Goldwährungsländer und schließlich in einer Unterredung Professor Moley's mit MacDonald diskutiert worden.

Es ist zur Stunde noch immer, genau die Verhandlungsergebnisse festzustellen. Die Goldwährungsländer, an der Spitze Frankreich und Holland, sind erneut an MacDonald herangetreten und haben verlangt, ihn zu einer Entscheidung in der englischen Währungsfrage und gleichzeitig zur Beteilung mit den Amerikanern zu bewegen. Man berichtet zuverlässig, daß in diesen Besprechungen, die zunächst im Rahmen des Konferenzbüros stattfanden, die Holländer und Franzosen einige Energie entfaltet haben.

Oberste, die heute in den Verhandlungen des Goldwährungsproblems in den Verhandlungen untergeordnet, behaupten, daß der französische Finanzminister Bonnet eine Art Minimum gefordert habe: Sollte innerhalb einer Woche keine Einigung in der Währungsfrage erreicht sein, würde Frankreich den Antrag auf Vertagung der Konferenz stellen.

Eine spätere stattfindende Unterhaltung, an der Bonnet (Frankreich), Colijn (Holland), Francaux (Belgien), Jung (Italien), Bachmann (Schweiz), Chamberlain (England) und Schöngast (Österreich) teilgenommen, hat sich mit der Stellung der Goldwährungsländer zu Amerika beschäftigt. Es soll der Versuch gemacht worden, schließlich doch noch die Verhandlungen mit Amerika über eine temporäre Stabilisierung herbeizuführen, und es ist für den amerikanischen Delegierten und vor allem dem Sonderdelegierten des Präsidenten Roosevelt, Professor Moley, vorgetragen worden, daß ein Zusammenbruch der holländischen Währung eine chaotische Situation in Europa erzeugen würde, die nicht ohne Rückwirkung auf die Vereinigten Staaten bleiben könnte.

Die Oberste gehen wiederum weiter und behaupten, daß eine prinzipielle Entscheidung mit den Amerikanern bereits erreicht sei. Dieser Oberste fügt hinzu, daß er weiß, wie es England eine Entscheidung festgelegt hat, in der es den Standpunkt der Goldwährungsländer moralisch stützt und die

Möglichkeit einer baldigen allgemeinen Stabilisierung betont. England aber würde, so folgert man, niemals einen derartigen Schritt wagen, falls er nicht in Billigung und mit Billigung Amerikas erfolgte.

Geneve ist in den Verhandlungen der Finanzminister über effektive Abwehrmaßnahmen spekulativer Angriffe gegen die gestärkten Goldwährungen gesprochen worden. Hier wurde, wie man hört, ein Vorschlag verteidigt, bei der Schaffung einer Superzentralbank ins Auge faßt, die für die künftigen Goldwährungen die Funktion einer Kontrollstelle übernehmen soll.

Im Unterensatz, der sich mit der Frage von Subventionen befaßt, ist heute von der französischen Delegation angeregt worden, daß sämtliche internationalen Schiffahrtslinien in einer internationalen Pool zusammengefaßt werden sollten, da auf diese Weise am geeignetsten eine gegenseitige Kontrolle der Betriebskosten und Betriebsmaßnahmen ausübt werden könne.

Geneve sollen künftige Redereien durch eine internationale Konvention sich über die planmäßige Aufteilung der überflüssigen Dienste und über die Fracht- und Personalrate verständigen.

In der allgemeinen Debatte über Bestätigung aller Arten von staatlicher Subvention hat die deutsche Delegation eine wichtige prinzipielle Unterredung gemacht, nämlich daß sämtliche Maßnahmen, die, ohne direkt die Interessen anderer Staaten zu verletzen, dem Wohlbefinden einer nationalen Wirtschaft dienen, auch wenn sie vom Staat ausgehen, nicht als Subvention angesehen werden dürfen. Subventionen seien nur dann als gegeben zu betrachten, wenn durch sie gewissen Erzeugnisse künstliche und natürliche Vorteile gegenüber ihren Konkurrenten verliehen würden. Die deutsche Delegation ist, wie sie betont hat, nicht in der Lage, endgültige Beschlüsse zu der Frage der Subventionen zu machen, und ihre Entschlüsse werden davon abhängen, wie weit andere Staaten zu einer Bestätigung der Subventionen bereit sind.

Eine offizielle Erklärung

Über die Beratungen der Goldländer mit den englischen Delegierten wird von offizieller Seite gesagt:

Der Premierminister MacDonald, Schatzkanzler Neville Chamberlain und andere englische Regierungsglieder haben heute mit Vertretern von Frankreich, Belgien, Italien, Holland und der Schweiz Verhandlungen geführt. Mit der amerikanischen Delegation haben keine offiziellen Verhandlungen stattgefunden. Die Konferenz hatte den Charakter einer unangewandten Aussprache, in der verhandelt wurde, eine allgemeine Ansicht über die Situation der Welt-Wirtschaft zu entwickeln und über die Unterredungen, die morgen fortgesetzt werden, haben gute Fortschritte erzielt.

Dr. Dollfuß auf dem alten Kurs

INNSBRUCK, 29. JUNI

Eine Rede, die der österreichische Bundeskanzler Dr. Dollfuß heute bei einer Kundgebung in der ihm ins Leben gerufenen Vaterländischen Front hielt, zeigte, daß der Führer nicht gelassen ist, den Stimmen der Wägung Obse zu schenken. Auch er wieder betont, er sei bereit, Wege und Mittel zu suchen zur freundschaftlichen Zusammenarbeit mit dem Deutschen Reich. Seine Vorfälle gegen den „braunen Sozialismus“ zeigten jedoch wieder die alte Sachlage.

„Unsere Vorgangsweise“, erklärte er u. a., gegen den Nationalsozialismus hat nur noch mehr zu verwerflichen Dingen angeleitet. Wir müssen die Bewegung widerlegen und wenn die internationalen Methoden nicht ausreichen, werden wir gegen diese richtfalls durchgreifen.

Wird wollen, daß die Nationalsozialisten in ihrer letzten Form nie wieder eintreten, daß neue nationale Oesterreicher sich aktiv und staatsgetreu an dem Aufbau Oesterreichs beteiligen. Wird wollen, daß die Frage der Nationalsozialisten in Oesterreich eine rein innerpolitische Angelegenheit Oesterreichs bleibt.

Wir sind immer bereit, Wege und Mittel zu suchen für freundschaftliche Zusammenarbeit mit dem Deutschen Reich, aber eine Bedingung ist die Anerkennung des Bundesstaats, die wir nicht zurückzugeben sind. Wir können den Kampf gegen den internationalen Marxismus und gegen den braunen Sozialismus zu gleicher Zeit.

Der Kanzler schloß seine Ausführungen mit dem Ruf: „Oesterreich ist erwas!“

Die konfessionellen Arbeitervereine in der Arbeitsfront

Am Donnerstag fanden im Preussischen Staatsrat unter Vorsitz des Führers der Deutschen Arbeitsfront Dr. Ley Verhandlungen mit den Vertretern der konfessionellen Arbeiter-, Arbeiterinnen- und Gesellenvereine statt. Die Eingliederung dieser Verbände in die Deutsche Arbeitsfront wurde durchgeführt.

Dr. Ley über die Konsumvereine

Der Führer der Deutschen Arbeitsfront Dr. Ley hat verfügt, daß innerhalb von 8 Tagen möglichst alle Stellen in den Konsumvereinen mit Nationalsozialisten zu besetzen sind. Eine sofortige Auflösung aller Konsumvereine ist nicht beabsichtigt, weil dadurch mehr als 3/4 Millionen Menschen arbeitslos würden;

dann auch, weil die Konsumvereine eine Basis abgeben könnten, von dem Konsumt ein gefährdetes Abhängigkeit zu geben, da sie als Betriebsorganisationen außerordentlichen Wert besitzen.

Dr. Goebbels über den Faschismus

Wenn sich die Eingangsrede der Rede, die Dr. Goebbels anlässlich der Gründung einer Sonderorganisation der Deutschen Hochschule für Politik in der Neuen Aula der Universität hielt, auf den Ausdruck Schopenhauers beriefen, daß die „Parasite von heute die Selbstverleugung des Morgens“ seien, so ist damit das Erlebnis jenes Staatsgenossen und jenes weltanschaulichen Willens gemeint, welche Italien und Deutschland heute bevorstehen.

Angesichts der Lebenslage, die im Faschismus sich ein Prinzip durchgesetzt habe, das zum ersten antiliberale, zum zweiten antiparlamentarische und große deshalb feindlichwährend, zum dritten gegen jede verantwortungsvolle Anonymität ist, unternehm es der Reichsminister, das Wesentliche der heillosen Staatskrise nur allein in einem mächtigen Prekolumbus zu bestehen, der verdächtige und zugleich offene und somit den Mut feind, Aufgaben anzupacken, wie sie sich nicht nur von einem Mussolini gestellt werden konnten, der nach der Formulierung des Meiners gewissermaßen ein „preußisches Admetum“ zum Widerstand hat machen lassen.

Wie sich zum Rahmen eines so umfassenden Willens die Gestalt einer Bewegung ausdrückt, die hieratisch ins Welt gebaut ist; wie sich der Faschismus in den Worten seines Forums und seiner Schritte, in der Erhebung seiner neuen, feilsch gewonnenen Fingern, in der Durchbrechung seiner Volkstheorie und seiner Schritte, in seiner Förderung von Volkstheorie und Kinderreichtum ausdrückt; und wie eben dieser Faschismus ein Verfestigtes ist (das nach der Ansicht des Vortragenden insofern vorzüglich sein könnte, als es dem, der für ein Welt freiheit, auch für den Staat verantwortlich ist, die Verantwortung einer Verantwortung erhebt, die bei einem Faschismus nicht wäre) — das alles in seinen Auswirkungen, Aufstufen, Entzungen aufzusagen, was den Weg des Vortrags.

Er gestalte in dem Bekannnis: das Alter mag überlegen sein; aber die Jugend hat immer Recht!

Frauenführerin im Innenministerium

Um eine neue Parlamentarierin mit dem Innenministerium zu ermöglichen, hat die Führerin der Deutschen Arbeitsfront als Parlamentarierin Frau Eider ernannt. Frau Eider stellt gleichzeitig Parlamentarierin der Deutschen Frauenfront.

Polens Öftice-Politik

Das symbolische „Fest des Meeres“

Gestern wurden in der polnischen Hafenstadt Gdingen, in allen größeren Städten Polens Feiern unter dem Motto „Tag des Meeres“ veranstaltet, um die Bevölkerung zur Opferbereitschaft für die Aufrechterhaltung des eigenen Zugangs Polens zur See aufzufordern. Im vorigen Jahr erstmalig begangen, soll der „Tag des Meeres“ jetzt alljährlich stattfinden.

Warschau, 27. Juni

Tausende von Kilometern weit erstreckt sich die Banden der polnischen Republik. Eine der größten und bestgeführten Heere Europas macht ihr hier Gehör. Weniger als 100 Kilometer lang ist Polens eigene Seefläche zwischen dem Danziger Freistaat und der Dänische Hinterpomern. Die ganze Vergangenheit des polnischen Staatens und des polnischen Wirtschaft weist die typischen Züge der Geographie eines *Land ohne Meer* auf. Über die ganze Raumpolitik der polnischen Politik sieht sich in den letzten Jahren immer einseitiger auf das „tote Meer“, auf jenen schmalen Küstentreiben und die Verbindungen, die von dort aus in die weite Welt führen oder doch — führen könnten. Es fehlt dem polnischen Kalender nicht an nationalen Festen oder Art. Das „Fest des Meeres“ ist darunter das jüngste. Über sein andere politischer Feiertag wird der ganzen Bevölkerung des Landes so nachdrücklich und schwingend nahegebracht als dieser.

Wichtige Ereignisse führen Seinfahrten von Personen aus allen polnischen Provinzen zu diesem Tage nach dem Offiziershof von Gdingen. Vom 1. August bis zum 1. September findet dort der Staatspräsident. Feiertage Gottesdienste geben der Veranstaltung feierliche Weite, militärische Paraden unterstreichen ihren kämpferischen Charakter. Die rührende „See- und Kolonialität“, von einem alten General geleitet, fordert dabei, daß ein Wiederfall des Meeresfestes bis heute, deren Wertigkeit nicht mehr zur ferneren Offize, sondern schon zum Schwärzen der Nation, Polens nach seine eigene Offizierspolitik nicht leben. „Polens Zugang zum Meer ist bedroht und muß von der ganzen Nation verteidigt werden“ — das sind die Parolen, die in den Plakaten, Radiofonen und Zeitartikeln zum Meeresfest den Grundrhythmus angeben.

Die verantwortlichen polnischen Politiker sind sich zweifellos über klar, daß ein aktueller Anlaß so folgerichtig als es nur sein kann nicht gegeben ist. Soeben erst hat der nationalsozialistische Diktator der neuen Danziger Senats direkte Ansprüche mit Warschau über alle fischfangenden Streitfragen angeboten, und die polnische Regierungspresse hat in ihrer Antwort Danzig zu genaueren Vorbringen für solche Verhandlungen eingeladen. Die Anfang Mai vom deutschen Reichsstaten abgegebenen Erklärungen über die Danziger bei bestehenden Verträge sind damals zum polnischen Außenminister ausschließlich als Grundlage einer Entpannung anerkannt und begrüßt worden.

Kontrollierter Außenhandel

Über die polnische Ökonomiepolitik ist in ihrer heutigen Gestalt so ganz das Ergebnis einer Willensanstrengung, die den natürlichen geographischen Bedingungen der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung des Landes bewußt Trost bietet, daß ihre Fortführung und ihre Ausübung immer neuen Appell an die Opferbereitschaft und die patriotische Disziplin der Nation erfordert. 1922 gingen rund 7 v. H. des polnischen Außenhandels über den Seeweg. 1932 waren es von der Ausfuhr bereits mehr als 70, von der Einfuhr allerdings erst rund 40 v. H. Die Umstellung zugunsten des Seehandels, ist aber damit immer noch nicht zum Abschluß gekommen.

Der politischen Öffentlichkeit erregt diese Einseitigkeit als zwangsläufige Folge der verschärften Beziehungen zu den kontinentalen Nachbarn. Der Rückgang des einseitigen Güterausstausches mit Rußland, der nacheinander fast vollen zehn Jahren andauernde Zollkrieg mit Deutschland haben zweifellos auch die härtesten Antriebe zur Konzentration des polnischen Exportaufbau auf den Seeweg geliefert. Das heutige schwächere Regierungssystem hat aus dieser Not eine Tugend gemacht. Es hat den Zwang zur Umleitung der Ausfuhr zum Anlaß genommen, um seine Bestimmungen zur staatlichen Kontrolle der Wirtschaft auch auf den Außenhandel auszuweihen. Jetzt gibt diese Einflußnahme der staatlichen Stellen auf den internationalen Warenverkehr Polens so weit, daß eigentlich das Zustandekommen jedes größeren Ein- oder Ausfuhrgeschäftes mindestens in gleichem Maße von der Zustimmung der Warschauer Ministerien abhängt wie von dem Einverständnis der beteiligten Privatfirmen. Ein System von allgemeinen Einfuhrverboten und speziellen Einfuhrkontingenzen, die viele Verbote durchdringen, ist das Hauptinstrument dieser handelspolitischen Führung. Es funktioniert so gut, daß Polen auf das andere moderne Hauptmittel der Regelung des auswärtigen Handels, den Zollerstattungen, die Weltentfaltung, bisher verzichten konnte. Der Zwang zur Umleitung der auswärtigen Handelsgüter, der eigenartigen staatlichen Außenhandels-Regelung gegenüber, der eigentümlichen Folgen des Landes so zu privilegieren, daß der Güterverkehr Polens mit der Außenwelt sich immer mehr in Gdingen zusammenbringt.

Gdingen gegen Danzig

Es ist bezeichnend, daß der frühere polnische Vizekonsul in Danzig, Dr. Straußburger, der bei entscheidender, oft übersehbarer Wahrnehmung der polnischen Interessen, doch grundmäßig eine Art von Arbeitsteilung zwischen Danzig und Gdingen für möglich hielt, seit seinem Eintritt aus dem Staatsdienst an der Spitze des polnischen Industrie-

verbandes steht. Hier kämpft er für die Zurückdrängung des „Glatismus“, der übermäßigen wirtschaftlichen Beteiligung des Staates, der sich dieses „staatlicher“ Ganges der polnischen Wirtschaftspolitik, das die Beteiligung, das Glatismus am polnischen Außenhandel als etwas ihm Bewußtseinsmäßig immer mehr auszuweichen sucht. Der Erfolg dieser Bemühungen ist bekannt. Er konnte angefangen der Hilfe der wirtschaftspolitischen Hilfsmittel, die dem großen polnischen Staat gegenüber dem kleinen Danziger Gemeinwesen zur Verfügung stehen, nicht ausbleiben. Die niedrige Bewertung der Gdingener Hafen-Verbindungen, die Gewährung von Einfuhr-Erleichterungen für den ausstrahlenden Verbindung der besonderen Außenhandelsstraße von Oberpommern nach der See unter Umgehung des Danziger Obediets, die Behinderung des sogenannten Veredelungs-Verkehrs nach dem Freistaat, das Verbot der Ausfuhr aller beweglichen Waren von Danzig nach Polen für deren Verfertigung reiseberechtigt, ganz legal in den Freistaat gebracht Produkte benutzt worden waren, diese und manche andere Maßnahmen der polnischen Politik brachten den Anteil Danzigs am Leberies-Handel Polens von mehr als 99 v. H. im Jahre 1924 auf rund 52 v. H. im Jahre 1932 herab. In den letzten Monaten ist es sogar zu einer glatten Überlieferung der Umschlagn-Mengen Danzigs sind zwar den ersten Jahren der Einweisung Polens zum Geeseverkehr (bis 1928) noch hart geblieben. Ein- und Ausfuhr hochwertiger Güter wurde immer mehr nach Gdingen konzentriert. Der polnische Offiziers-Pol hat bereits alle seine deutliche Wettbewerber in den Güterverkehrshafen hinter sich gelassen; er wird Ende 1933 nach Danzig, Gdingen und Stockholm den dritten Platz unter den baltischen Verkehrscentren einnehmen.

Sehre um die „Sicherheit“

Es ist die Entwicklung für die polnische Außenwirtschaft von Vorteil? Mit dem Ansteigen der Umschlagn-Mengen im Jahre 1932 hat der Warenwert der polnischen Leberies-Ausfuhr von Jahr zu Jahr. Er ist auch weiter gefallen, als das Anwachsen des Gdingener Umschlagn im Vorjahr zum Stillstand kam, und er ist wesentlich rascher und absolut tiefer gefallen als der Durchschnitts-Wert der Güter-Ausfuhr auf der anderen Seite. Auf den neuen, weiter entlegenen, von stärkerem Wettbewerb umkämpften Absatz-Gebieten, kann die polnische Ausfuhr nur noch Aufträge der Breite erzielen, die einst für ihre Standardwaren in den nahen Nachbar-Gebieten nur allem Deutschland erfüllt wurden. Die verkehrsmäßig Unabhängigkeit, die Polen sich durch die Umstellung seines Außenhandels erzwungen zu haben glaubt, wird teuer bezahlt.

Die europäische Leistung des Nationalsozialismus

Ein Artikel Lloyd George

Wien, 29. Juni

Am Jahrestag des Berliner Vertrags veröffentlicht das „Reine Wiener Tageblatt“ ein Artikel „Die europäische Leistung des Nationalsozialismus“, der sich gegen das Diktat von Versailler, und insbesondere Lloyd George richtet. Die Rede des Reiches, das den Vertrag, das bei seiner Abfassung die Lehren der Weltgeschichte vernachlässigt wurden. Obwohl der ehemalige Premier als alter Liberaler den Nationalsozialismus naturgemäß nicht mehr zu begreifen vermag, betont er doch, man dürfe nie vergessen, daß Hitler und seine Nationalsozialisten für Europa Großes geleistet hätten, indem sie den Nationalsozialismus als Kommissar des Reiches, der nach bis an die Ufer des Rheins vorgeschoben wäre. Von der Geschichte Hitters, sich als Staatsmann zu bewegen, hängt das Schicksal Deutschlands und vielerlei der Freiheit Europas ab. Es liegt an dem Rang der Deutschen, zu zeigen, das es sehr gut möglich sei, guter Nationalsozialist und ein guter Europäer zu sein.

Neue Ausfälle auf der Arbeitskonferenz

Die Internationale Arbeitskonferenz hat heute eine von den Arbeitern Polens, Belgiens, Frankreichs und der Schweiz einseitig erklärte, haben sie zusammenkommen, die sich auf die durch die Weltwirtschaftskrise in Deutschland erlebten 3 Millionen und die „durch entlaufene Verschärfung der Arbeitslosigkeit in den deutschen Nachbarstaaten“ bezieht. In der Entschließung wird der Bewerksamter des Internationalen Arbeitsrates, „ohne sich in die inneren deutschen Angelegenheiten einzumischen“, aufgedeckt, die notwendigen Unterdrückungen durchzuführen, um die deutschen Forderungen in den angrenzenden Ländern unterzubringen, das auch hierdurch Schäden für die Volkswirtschaft der betreffenden Länder entstehen. Man dürfen Anlaß nehmen, die Arbeitervereinigten Frankreichs, Englands, Schwedens und Hollands wider gegen das gegenwärtige Arbeitsgesetz, das einseitig in der Regierungsvorrede erklärte, daß sich keine Regierung geneigt hat, alle Maßnahmen zum Schutze dieser Forderungen einzuführen, daß dies jedoch

Mit der wirtschaftlichen Auslösung vom heutigen Markt hoffen die polnischen Staatsmänner freilich auch die politisch-militärische Widerstandskraft ihres Landes gegen eine etwaige Umwälzung der Grenzfrage zu härten. So geht es die amtlichen deutschen Veröffentlichungen über die Wahrung des geltenden Völkerrechts angekommen haben, so nichtausführlich neugierigen sie doch nach wie von jeder private Welterklärung, die die weltlichen, menschlichen und geistlichen Gläubigen die Vorbehalte gegen die heutige Grenzveränderung überweist. Polen hat die Entwicklung seines Volkswirtschafts, seine ganze wirtschaftliche Existenz so ganz und gar auf die ihm eigene Basis seiner Offize-Verbindung gestellt, daß es psychologisch wohl verständlich ist, wenn es die Sicherung seiner Basis mit besonders dringlicher Sorge umgibt. Zur Vertiefung dieser Überzeugung und geistlichen Gläubigen die Sicherungs-Stärke wie es erst kommen, wenn die Grenzveränderung des polnischen Außenhandels auf seine heutige existenziellen Bahnen einmal wieder durch die Sturmflutierung des kontinentalen Güter-Austausches abgeblößt werden wird.

Danzigs Verständigungs-Bereitschaft

Eine Ausarbeitung zum Staatsbesuch am 3. Juli DANZIG, 29. JUNI

Das amtliche Organ der SEDW, „Der Danziger Vorposten“ nimmt zu dem für den 3. Juli vorgesehenen Staatsbesuch des nationalsozialistischen Danziger Staatspräsidenten Kaufmann und des Gesamtpräsidenten Pfeiffer in einem Artikel unter der Überschrift: „Wie wollen friedliche Zusammenarbeit mit Polen“ Stellung.

In dem Artikel heißt es u. a.: „Es ist nicht nur ein Akt der Höflichkeit, der bei dem Antritt einer neuen Regierung im allgemeinen nur normale Bedeutung hat, sondern es soll durch die Anwesenheit der neuen Danziger Staatsmänner in der Hauptstadt des polnischen Reiches — mit dem Danzig durch die Verträge in mehr als einer Beziehung verbunden ist — zum Ausdruck kommen, daß die nationalsozialistische Regierung eine entschiedene und aufrichtige Zusammenarbeit mit Polen will. Es wäre unvernünftig und kurzfristig, wollte das neue Danzig auf die Notwendigkeit seiner Lebensfähigkeit verzichten, die darin besteht, durch gutes Einvernehmen mit dem polnischen Nachbar die Gewähr dafür zu haben, daß im beiderseitigen Interesse der Sinn der Verträge Erfüllung findet, die Danzig und Polen aneinander ketten.“

Danzigs Verständigungs-Bereitschaft ist durch und entspricht der polnischen Einseitigkeit der Bekanntheit, Vorbereitung für die Verständigungs-Bereitschaft ist die unantastbare Selbstständigkeit, das Danzig deutscher Charakter und sein Recht auf Entfaltung eines deutlichen kulturellen Lebens von dem polnischen Staat in keiner Form angezwungen wird. Nationale Rechte eines Landes haben vor den Angehörigen einer anderen Nation mehr Achtung, als es internationalen von Staaten und es entspricht nationalsozialistischer Weltanschauung, daß man nicht verächtlich, Angehörige fremder Nationen zu germanisieren. Deshalb wird ein nationalsozialistisch regiertes Danzig es sich angelegen sein lassen, der polnischen Öffentlichkeit alle Stadien zu gewährleisten, die in den Verträgen vereinbart sind, aus einer aufrichtigen Anerkennung der Notwendigkeit hierzu.

Lebenswegs eine Kritik oder Einmischung in innere deutsche Verhältnisse bedeutet. Der portugiesische Regierungsvorsetzter stimmte gegen die Entschließung, da diese nach seiner Ansicht eine Einmischung in die Angelegenheiten eines anderen Landes, was er nicht billige. Ebenfalls stimmte der finnische Reichsminister gegen die Entschließung.

ÖPU verstärkt ihre Macht

Das Präsidium des Volkskongresses der Gewerkschaft hat das Mitglied des Kollegiums der ÖPU, zum Obersten Staatsanwalt der Gewerkschaft ernannt. Zu seinem Gehilfen wurde Professor Wajnski ernannt.

Wahler wurde — nicht zuletzt in Hinblick auf die Verteilung durch das Ausland — eine Trennungslinie zwischen den arbeitslosen Gewerkschaften der Gewerkschaften und den Geheimvereinen der ÖPU — dem politischen Status zur Bekämpfung der Gegenrevolution, der Korruption und staatsgefährdender Umtriebe — ziemlich scharf aufrechterhalten. Die letzte Ernennung Kaufmanns, der als Mitglied des Kollegiums zur Obersten Leitung der ÖPU beauftragt wurde, ist die letzte Trennung beider. Die ÖPU, deren mehr geheimnisvoller als gerichtlicher Apparat bisher eine Ergänzung der Gewerkschaft für besondere Fälle war, ist jetzt die über die gerichtliche Instanz geübt worden. Die Machtstellung der ÖPU ist dadurch noch weiter befestigt; sie übertrug jetzt die gesamte russische Kurie, wie die Verfassung und ihre Ausführung überweist.

Hierzu zwei Beilagen

Verantwortlich

für den redaktionellen Teil: V. August Döppner, Berlin, für den Anzeigen-Teil: Wally Sauer, Berlin. Die Vossische Zeitung erscheint als Morgen- und Abendblatt zweimal wöchentlich. Bei Anfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung des Bezugsgebührens — Täglich Untereinstellungsbüro: „Einsame Handarbeit“ — Wochenschrift einmal: Die illustrierte Zeitschrift: „Literarische Umschau“ — „Reise und Wandern“ — „Recht und Leben“ Für Rücksendung unverlangt Manuskripte Porto beifügen. VERLAG und DRUCK: ULLSTEIN & CO., BERLIN

